

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend  
Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Kupferpreis: Die 8 gespaltene Kolumnen 20 Kops., die 4 gespaltene Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Kops., die 2 gespaltene Kolumnen 10 Kops., die 1 Kolumnen 5 Kops. Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene Kolumnen 20 Kops., die 4 gespaltene Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Kops., die 2 gespaltene Kolumnen 10 Kops., die 1 Kolumnen 5 Kops. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 128 — 89. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2040      Mittwoch, den 4. Juni 1930

## Die überdrehte Schraube.

Sowohl genaue Nachrichten offizieller Art über das Ausgabenlenkungsprogramm der Reichsregierung noch immer fehlen, dürfen die sich allmählich aus der Unzahl der mehr oder minder richtigen Mittellungen abzeichnenden Einnahmen ungefähr das Beabsichtigte darstellen. Auf der einen, besser gesagt: auf der ersten Seite stehen gewisse, sehr weitgehende Ausgabenbeschränkungen persönlicher und sachlicher Art, um damit die Möglichkeit für die Erfüllung der Steuererlenkungsversprechungen zu schaffen. Weil man sich denn nun doch nicht mehr der Erkenntnis verschließen kann, einmal, daß es auf die bisherige Art einer ständigen Ausgabenvermehrung wirtschafts-, aber auch finanzpolitisch einfach nicht mehr weitergeht, und zum andern, daß man hier nicht mit vorsichtig tastenden Schritten, sondern mit energisch zupackenden Häufen arbeiten muß.

Denn der Augenblick ist da, an dem nicht bloß die Tatsachen selbst, sondern auch die Erkenntnis ihres Vorhandenseins sich eingestellt hat: die Steuer-schraube wird nicht mehr immer wieder mit ein paar Umbrehungen nachgelassen werden, um auf diese Weise Deckungsmittel für die ansteigenden Ausgaben heranzubekommen. Die Sache hat sich „überdreht“. Und nun muß schleunigst eine wirkliche Reform, ein Systemwechsel erfolgen, weil man sich dem Erkenntnis des „Überdrehtseins“ der Steuer-schraube nicht mehr verschließen kann. Daß es eben nun die Quellen, aus denen der Staat die Mittel zur Erfüllung seiner Aufgaben schöpft, sehr viel „pfleglicher“ zu behandeln. Früher hat man, und zwar mit Recht, ohne es allerdings auch immer durchgeführt wurde, in den verschiedenen freudigen Vollvertretungen jeder Art bis zum Reich bis zu den Kommunen herunter immer wieder gesagt: Keine Ausgabe ohne Deckung! Jetzt hat man sich nicht bloß mit der Deckungsfrage, sondern auch intensiver mit der Notwendigkeit der Ausgaben beschäftigen müssen und sich nicht damit begnügen dürfen, auf dem gebührenden Papier eine Art „Deckung“ zu schaffen oder auszurechnen.

Auch die parlamentarische Opposition im Reichstag, die Sozialdemokratie, ist durchaus überzeugt von der Notwendigkeit, die öffentlichen Ausgaben planmäßig zu senken. In einer Zeit, in der es Millionen von Arbeitslosen an den verschiedensten Stellen, in den Städten und in den Dörfern des Reiches, der Länder und der Gemeinden gibt, die auf die Unterstützung der Zentralregierung warten, ohne allerdings über das parlamentarische Schicksal entscheidender Regierungsvorlagen heute Positives sagen zu können, weil schon jetzt mit verfassungswidrigen Änderungen der Charakter dieser Vorlagen gerechnet werden muß. Wird zunächst einmal ein Steuererhöhungsplan eine Lösung der Schwierigkeiten verlangen, die sich als besonders vordringlich zeigen. Und zwar um so mehr, als die Wirkungen des geplanten „Ausgabenlenkungsprogramms“ — das heißt der Beschränkung durch die Regierung — finanziell sich erst langsam zeigen können, nur einzelne Maßnahmen auch zu einem schnelleren Erfolg führen können. Außerdem muß die Vorlage ja auch erst noch die klippere Gewässer des Reichstages passieren, ehe es „mit Vollmacht voraus“ fahren kann. Es wird einer großen Geschicklichkeit der Regierung bedürfen, um ohne größere Beschädigung, ohne Schiffbruch durchzukommen.

An Kritik im einzelnen und in Einzelheiten wird es nicht fehlen, aber ein Übermaß solcher Kritik ist nicht das Ziel dieser ganzen Ausgabenlenkungsmaßnahmen, deren Notwendigkeit von keiner Seite bestritten wird, die sich aber auch selbst nicht in alle Einzelheiten verirren darf. Abbau der Ausgaben — das wäre die Umkehr auf einem Wege, der seit der Währungsstabilisierung beschritten wurde und der zu einem gefährlichen Abgrund geführt hat. Endlich wird man dann in Deutschland — und das sollte auch für die Länder und die Kommunen gelten! — dem Entschluß gekommen: erst die Höhe der Einnahmen prüfen und demgemäß die der Ausgaben festsetzen, aber nur solcher, die wirklich notwendig sind. Denn die Ausgaben irgendwelcher Art kann sich ein Volk nicht leisten, das z. B. allein schon doppelt soviel Arbeitslose hat wie England. Gewiß sind es nur die finanziell nicht sehr folgenschweren Dinge, die in einer Denkschrift des Rechnungshofes dem zuständigen Amt als unwirtschaftliche und von wenig Sparpotenzial zeigende Ausgaben vorgeworfen wurden. Aber wird im Haushalt des Deutschen Reiches wie seiner Länder und Gemeinden zwar nicht den Pfennig, wohl aber mindestens jede Mark drei mal um zu drehen, ehe man sie ausgibt. Denn der Deutsche selbst muß das heute auch schon mit dem Pfennig tun.

## Jugenberg über die Reparationsabgabe

Berlin, 3. Juni. Vor Vertrauensleuten des Landesverbandes Potsdam 2 der Deutschnationalen Volkspartei hielt Dr. Eugen Jugenberg am Dienstag einen Vortrag, in dem er u. a. auf die Reparationsabgabe einging, die sich an seinen Gedanken der Ab-

## Die Sanierung der Reichsfinanzen

### Wichtige Finanzberatungen des Reichskabinetts.

Ausgabenlenkungs-gesetz und Notopfer.  
Mit großem Interesse sieht man in politischen Kreisen dem Ergebnis der Kabinettsberatungen entgegen, die sich mit der Sanierung des Reichshaushalts beschäftigen. Den Besprechungen der Reichsregierung liegen Vorschläge des Reichsarbeitsministers Dr. Stegerwald sowie des Reichsfinanzministers Professor Dr. Wobbenhauer zugrunde. Dr. Stegerwald hat in Gemeinschaft mit dem Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung einen Plan ausgearbeitet, durch den der Bedarf für die Arbeitslosenversicherung durch Verwaltungsmaßnahmen, Einsparung und Kürzung einzelner Leistungen um 240 Millionen Mark gesenkt werden soll, während 120 Millionen Mark durch Beitragserhöhung in die Kassen der Arbeitslosenversicherung fließen sollen. Die Pläne des Reichsfinanzministers sind der Öffentlichkeit noch nicht authentisch bekannt. Sie sollen im wesentlichen darauf hinzuliegen, durch das sogenannte Ausgabenlenkungs-gesetz dem Reich Erparnisse zu bringen, andererseits durch neue Steuern, vor allem durch ein „Notopfer“ für die Festbesoldeten den Reichs-kassen neue Einnahmen zuzuführen. Für Dienstag abend war die erste entscheidende Sitzung einberufen, die vom Reichskanzler Dr. Brüning geleitet wurde, der einige Tage an einer leichten Halsentzündung erkrankt war.

### Grundsätzliche Zustimmung zu Wobbenhauers Vorschlägen

Berlin, 4. Juni. Wie vorausgesehen war, hat die Kabinetts-sitzung, die sich von 18 Uhr bis nach 1 Uhr nachts ausdehnte, noch nicht zu endgültigen Entscheidungen des Kabinetts geführt, wohl aber ist sich die Reichsregierung wenigstens in den Grund-zügen über das nunmehr zu verwirklichende Finanzprogramm einig geworden. In einer amtlichen Meldung, die über die heutige Sitzung ausgegeben wird, wird zunächst gesagt, daß das Kabinetts-sitzung mit der Aenderung der Arbeitslosenversicherung beschäftigt, die vom Arbeitsminister gemachten Vorschläge billigte und die endgültige redaktionelle Fassung dieser Vorlage am Donnerstag vornehmen will. Im weiteren Verlaufe der Sitzung hat das Kabinetts-sitzung dann die Deckungsvorschläge zum Reichshaushalt beraten und ist sich über die Vorschläge einig geworden. Den Ressorts wurde nach der amtlichen Mitteilung die Aufgabe gestellt, die be-taillierten gesetzgeberische Ausarbeitung der Beschlüsse des Kabinetts für die abschließende Sitzung am nächsten Donnerstag vor-zulegen. Auch hier hat man also die letzte Fassung der in Aussicht genommenen Gesetze noch nicht gefunden, sondern eine zweitägige Pause für die erneute Bearbeitung durch die Ressorts eingeschaltet. Im übrigen ist darauf hinzuweisen, daß das Programm, das der Finanzminister dem Kabinetts-sitzung unterbreitete, bekanntlich sehr

umfangreich war und dem Kabinetts eine Reihe verschiedener Vor-schläge zur Auswahl überließ.  
Es läßt sich infolgedessen im Augenblick noch nicht im ein-zelnen mitteilen, welche Teile des Wobbenhauerschen Programms vom Kabinetts übernommen worden sind. Das bezieht sich sowohl auf die Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung wie auf die verschiedenen Steuerpläne, darunter vor allem den so-genannten Krisenzuschlag (früher Notopfer genannt). Angesichts der Fülle des heutigen Beratungstoffes ist das Reichskabinetts noch nicht dazu gekommen, heute über das Ausgabenlenkungs-gesetz zu beraten, das vom Finanzministerium vorbereitet ist. Mit endgültigen Beschlüssen der Reichsregierung über das Deckungs-programm für den diesjährigen Haushalt ist also für Donnerstag zu rechnen.

### Die Arbeitgeber beraten.

Besprechungen über Finanz- und Arbeitsfragen.  
Wie verlautet, sind auf telegraphische Einberufung Präsidium und Vorstand des Reichsverbandes der deut-schen Industrie und der Vereinigung der deutschen Arbeit-geberverbände in Berlin zu einer gemeinsamen Sitzung zusammengetreten, in der zu dem Thema „Reichshaushalt und Arbeitslosenversicherung“ Stellung genommen werden soll.

Es handelt sich hierbei um Besprechungen von außer-gewöhnlich großer Bedeutung, bei denen die Frage des „Notopfers“ der Festbesoldeten zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung im Rahmen grundsätzlicher Erwägungen über Maßnahmen zur „An-turbelung der Wirtschaft“ die Hauptrolle spielen.

### Die Warenhaussteuer bleibt.

Erklärungen des Reichsjustizministers.  
Auf einer Grundgedung, die das Reichskabinetts stellvertretend Mittelstandes unter Beteiligung zahlreicher Fachorganisa-tionen von Handel und Gewerbe für die Beibehaltung der Warenhaussteuer veranfaßte, erklärte Reichsjustizminister Professor Dr. Bredt, das Kabinetts sei sich über die Beibehaltung der veredelten Umsatzsteuer voll-kommen einig; an ihre Abschaffung denke kein Mensch. Die Aufrechterhaltung der Warenhaussteuer sei eine Bedin-gung für die weitere Mitarbeit in der gegenwärtigen Regie-rungs-Koalition. Ihr finanzielles Ergebnis sei weniger wichtig, als ihre prinzipielle Bedeutung: sie sei ein Symptom dafür, daß der Reichstag nicht länger untätig der Gedrückten des ge-werblichen Mittelstandes zusehen wolle. Die Warenhaussteuer sei nur ein erster Schritt auf einem Wege, den das Kabinetts auch weiter im Kampf mit dem größten Feinde des gewerb-lichen Mittelstandes, den Konsumgenossenschaften, gehen werde. Der Minister kündigte weiter ein Gesetz gegen das Zu-gabewesen und über das Ausverkaufswesen an.

schwand rasch in der nicht sehr klaren Mondnacht. Hundert-tausende verfolgten auf den Straßen und von den Fenstern den Weg des Luftschiffes, das, niedrig und langsam fliegend, sich zwischen Wolkensträgern durchzuwinden schien. Als der „Graf Zeppelin“ den Strand des Badeortes Asbury Park an der Küste von New Jersey überflog, wurde ein dem Gedächtnis Steubens, des General-quartiermeisters George Washingtons, gewidmeter Kranz, der an den Nationalverband der Söhne der amerikanischen Revolution adressiert war, abgeworfen. Um 7.12 Uhr M. E. J. überstieg das Luftschiff

### Kantudet Feuerschiff.

den letzten Außenposten Amerikas im Atlantik, der etwa 344 Kilometer von Newyork entfernt ist. Kurz vor dem Abflug des „Graf Zeppelin“ hatte Dr. E. C. E. n. e. r. P. r. e. s. s. e. r. e. r. t. e. r. n. erklärt, er hoffe, daß im Herbst 1931 ein fünfjähriger Dienst von beiden Seiten des Atlantischen Ozeans mit drei Zeppelinluftschiffen für je 24 Passagiere und 20 Tonnen Fracht und Post eröffnet werden könne. Drei Luftschiffe seien für einen solchen Dienst unerlässlich.

### Die Passagiere über die Fahrt Bernambuco—Lahurist.

Die Südamerikafahrt des „Graf Zeppelin“ hat, wie eine Umfrage ergab, die Passagiere durchaus zufrieden-gestellt. Bis Bernambuco herrschte restlose Vegetation auf dem Bord. Als jedoch der „Graf Zeppelin“ auf hohe See hinausfuhr und den Passagieren Portorico gerade noch im Morgengrauen gezeigt wurde, hat dies bei einigen Spaniern und Südamerikanern eine gewisse Verstim-mung ausgelöst. Es wäre bedauerlich, wenn die widrigen Um-stände, die Dr. E. C. E. n. e. r. z. w. a. n. g. e. n. direkt auf den Ozean hinauszufliegen und

### das Anfliegen Savannas

zu unterlassen, der Popularität des Luftschiffes in Süd-amerika schaden sollten. E. C. E. n. e. r. hat sich nur schweren Herzens zu einer Änderung der in Friedriehshafen vor-gesehenen Reiseroute entschlossen. Schließlich war er aber

## „Graf Zeppelin“ auf der Heimfahrt.

Erklärungen E. C. E. n. e. r. s. vor dem Start.  
Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist Dienstag früh um 3.12 Uhr M. E. J. zum Abflug nach Europa gestartet. Bei seiner Fahrt über Newyork beschrieb das Luftschiff, von Sirenen begrüßt und von Scheinwerfern um-spielt, eine lange Schleife über Manhattan, bog dann zur unteren Stadt und weiter nach Brooklyn ab und ver-